

Die Ereignisse rund um das Ex-Migrol Areal haben sich in den letzten Tagen überschlagen und schlussendlich zu einem Ultimatum für die Wagenplatzbewohner, sich bis zum 1. Juni 2014 auf die zugesprochenen 2'500 qm zurückzuziehen, geführt.

Nachdem es einige Verwirrungen rund um die definitive Lösung für die zukünftige Nutzung des Ex-Migrol Areal gab, hatte die Regierung am 15. April 2014 entschieden, dem Verein ShiftMode die Bewirtschaftung des Areals für die Jahre 2014 bis 2019 zu übertragen. Das vorangegangene Verfahren und die darin Involvierten wurden aus der Kommunikation nicht ersichtlich. Den Wagenplatzbewohnern, die seit 2013 auf dem Areal geduldet werden und die mittlerweile den Wagenplatz zu einem Treffpunkt im Hafen entwickelt haben, wurden zeitgleich 2'500 qm zugesprochen.

Die gegenseitig kritischen Medienmitteilungen und Kommentare der beiden Vereine und die durch die IG Hafenplatz organisierte Demonstration vom 25. Mai 2014, an der sich um die 200 Personen für den Erhalt des Wagenplatzes auf dem Hafenareal eingesetzt haben, zeigt, dass die Entwicklung auf dem Ex-Migrol Areal nicht von allen Betroffenen gleichermaßen begrüßt wird.

Die diversen Statements der letzten Tage, sowohl von Seiten des Vereins ShiftMode, der IG Hafenplatz und der Regierung widersprechen sich teilweise und stifteten zusätzliche Verwirrung.

Ich bitte die Regierung deshalb um die Klärung der folgenden Fragen:

1. Inwiefern wurden die Wagenplatzbewohner in die Diskussionen um die zukünftige Nutzung des Areals einbezogen?
2. Wie kamen die Arealaufteilung und der Zuspruch von 2'500 qm an die Wagenplatzbewohner zu Stande?
3. Wurde dem Verein ShiftMode mit der Übergabe am des Areals am 15. April 2014 Auflagen für die zukünftige Nutzung gemacht?
4. War der Nutzungsanspruch von „Scope“ bekannt und musste von ShiftMode mit dem Mietvertrag übernommen werden?
5. Fanden seit dem Entscheid vom 15. April 2015 Gespräche zwischen der Regierung, dem Verein ShiftMode und den Wagenplatzbewohnern statt?
6. Die zukünftige Nutzung des Areals ist gemäss Medienaussagen des Vereins ShiftMode noch offen. Ist der Regierungsrat bereit zusammen mit allen Beteiligten die verfahrene Situation nochmals zu diskutieren und eine Kompromisslösung herbeizuführen?
7. Aus den Medien war im Vorfeld des Entscheids vom 15. April 2014 zu erfahren, dass sich der Regierungsrat Gedanken über die Errichtung einer Zone für Wohnexperimente macht. Verfolgt der Regierungsrat diese Pläne weiter?

Salome Hofer